

Andreas Urban

Die „Externalisierungsgesellschaft“ und ihre Krise

Anmerkungen zu einer anachronistischen Zeitdiagnose

So ziemlich das radikalste, was die deutschsprachige akademische Soziologie gegenwärtig an Kapitalismuskritik zu bieten hat (und was daher freilich auch ein entsprechendes Licht auf das kritische Potenzial der Gegenwartssoziologie insgesamt wirft), wird verkörpert durch die Person von Stephan Lessenich. Lessenich ist aktuell Universitätsprofessor an der Ludwig-Maximilians-Universität München und war bis vor kurzem auch Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (eine Position, die bekanntlich auch Adorno von 1963 bis 1967 innehatte). Der einen oder dem anderen ist Lessenich möglicherweise ein Begriff durch verschiedene, dem Anspruch nach kapitalismuskritische Publikationen, die er in den letzten Jahren veröffentlicht hat, so etwa seine Abhandlungen zur von ihm so genannten „Aktivgesellschaft“ und damit verbundenen Transformationen des Wohlfahrtsstaats (z.B. Lessenich 2008; Denninger et al. 2014) oder auch den gemeinsam mit Klaus Dörre und Hartmut Rosa publizierten Band „Soziologie – Kapitalismus – Kritik“ aus dem Jahr 2009 (Dörre et al. 2009). Erwähnenswert ist auch seine Einleitung zur Neuauflage von Paul Lafargues klassischer Streitschrift „Das Recht auf Faulheit“, in der Lessenich als Arbeitskritiker in Erscheinung tritt (vgl. Lessenich 2014). In seinem neuesten, 2016 erschienenen und sowohl in Medien als auch Wissenschaft viel diskutiertem und -gelobtem Buch „Neben uns die Sintflut“ nimmt er sich nun die „Externalisierungsgesellschaft“ des globalisierten Kapitalismus vor (Lessenich 2016)

Die schon seit längerem unter Zeitdiagnostikern eingerissene und sichtlich auch von Lessenich – wohl nicht zuletzt aus Gründen der Vermarktung seiner soziologischen Elaborate – gepflegte Angewohnheit, spezifische konkrete Erscheinungen zum Wesen einer ganzen Gesellschaft zu einem bestimmten historischen Zeitpunkt zu erklären und entsprechend, je nach Analysefokus, z.B. eine „Ellbogengesellschaft“, eine „beschleunigte Gesellschaft“ (Hartmut Rosa) oder, wie Lessenich, zuerst eine „Aktivgesellschaft“ und nun eine „Externalisierungsgesellschaft“ zu diagnostizieren, verweist freilich bereits auf ein potentiell Defizit, das ein solches Buch erwarten lässt. Denn erfahrungsgemäß ist das wahrscheinlichste Resultat eines solchen Vorgehens, aus bloß oberflächlichen und noch dazu analytisch isolierten Erscheinungen ein gesellschaftliches Wesen abzuleiten, die heillose Verwechslung von beiden, wodurch am Ende alles Mögliche in den kritischen Blick kommt, aber als allerletztes das in den analysierten Phänomenen zum Vorschein kommende gesellschaftliche Wesen. Adorno hat in seiner „Einleitung in die Soziologie“ das „Wesen sozialer Phänomene“ bezeichnet als „die in den Phänomenen aufgespeicherte

Geschichte“ (Adorno 2003: 244), und so habe auch die Aufgabe der Soziologie primär darin zu bestehen, „soziale Phänomene zu deuten als Ausdruck von Gesellschaft“ (ebd.). Vereinfacht formuliert, bedeutet das vor allen Dingen, dass die Soziologie und ganz allgemein Gesellschaftswissenschaften konkrete gesellschaftliche Phänomene (wie z.B. bei Lessenich die Globalisierung und ihre Folgen) nur dann hinreichend kritisch zu durchdringen und zu erklären vermögen, wenn sie in der Lage sind, diese analytisch mit der historischen Entwicklungsdynamik kapitalistischer Gesellschaften zu vermitteln, und das heißt wiederum konkret, dass sie zeigen können müssen, inwiefern diese Phänomene sowohl aus den gesamtgesellschaftlichen Verhältnissen zu einem bestimmten historischen Zeitpunkt resultieren, als auch umgekehrt, was diese Phänomene über die Entwicklungstendenz der Gesellschaft insgesamt aussagen. Nun lassen zwar die meisten Zeitdiagnosen nur selten einen Zweifel daran, dass das alles – ob nun „Ellbogengesellschaft“, „Aktivgesellschaft“ oder „Externalisierungsgesellschaft“ – irgendwie mit dem Kapitalismus zusammenhängt, ursächlich zu erklären vermögen sie es allerdings für gewöhnlich nicht, denn dazu müsste man/frau eben etwas über das Wesen des Kapitalismus selbst wissen, um die ins Auge gefassten Erscheinungen ursächlich damit in Zusammenhang bringen zu können – und das geht nun einmal schlecht ohne hinreichende Kenntnis der kapitalistischen Basiskategorien von Wert-Abspaltung, Kapital, Geld, Markt, Staat usw. Manchmal, wie im Fall von Lessenichs „Externalisierungsgesellschaft“, kann es dann sogar vorkommen, dass eine Zeitdiagnose quasi zu spät kommt, weil sich das, was sie zu bezeichnen beansprucht, mit den zur Verfügung stehenden theoretischen Mitteln und auf dem (zu niedrigen) Abstraktionsniveau nicht mehr zureichend fassen lässt und sie im Grunde einen gesellschaftlichen Zustand beschreibt, dessen historische Grundlage mittlerweile schon wieder der Vergangenheit angehört. Eben darum geht es im vorliegenden Text und sollen im Folgenden ein paar Anmerkungen zu einer anachronistischen Zeitdiagnose formuliert werden.

Die „Externalisierungsgesellschaft“ – kurz zusammengefasst

Die zentrale Aussage¹ von Lessenichs Abhandlung über die „Externalisierungsgesellschaft“ wird im Prinzip vollinhaltlich bereits im Einband seines Buchs wiedergegeben: „Uns im Westen geht es gut, weil es den meisten Menschen anderswo schlecht geht. Wir lagern systematisch Armut und Ungerechtigkeit aus, im kleinen wie im großen Maßstab. Und wir alle verdrängen unseren Anteil an dieser Praxis. (...) Anders als wir immer noch glauben möchten, profitieren nicht alle irgendwie von freien Märkten. Die Wahrheit ist: Wenn einer gewinnt, verlieren andere. Und jeder von uns ist ein verantwortlicher Akteur in diesem Nullsummenspiel, dessen Verlierer jetzt an unsere Türen klopfen.“ Lessenich prangert mithin die sozial verheerenden Folgen des globalisierten Kapitalismus an, der aus seiner Sicht primär über die Externalisierung, d.h. Auslagerung der sozialen, ökologischen und ökonomischen Kosten einer auf die Spitze getriebenen Kapitalverwertungslogik funktioniert. Diese Externalisierung sei wiederum die Grundlage für den Wohlstand in den westlichen Ländern, und zwar in vielfacher Hinsicht: ob das die menschenunwürdige Ausbeutung von

Lohnsklaven in Billiglohnländern für den westlichen Massenkonsum ist (Lessenich 2016: 99f.), die Abholzung von Mangrovenwäldern in Südostasien für die Kultivierung unserer Shrimps (ebd.: 93f.), der ökologisch zerstörerische Anbau von Agrarrohstoffen (Soja, Palmöl etc.) in Ländern des globalen Südens für eine ressourcenhungrige westliche Hightech-Landwirtschaft (ebd.: 82ff.), die Ausbeutung von billigen migrantischen Pflegekräften, durch die der Pflegenotstand in den rapide alternden Gesellschaften des Westens gelöst werden soll (ebd.: 162), oder die Überschwemmung des afrikanischen Kontinents mit europäischen Müllbergen (ebd.: 95). All dies seien Phänomene der globalen Externalisierungsdynamik eines Kapitalismus unter Globalisierungsbedingungen.²

Lessenich ordnet sich damit im Wesentlichen in den Kontext aktueller Landnahme-Theorien ein, wonach der Kapitalismus für seine unaufhörliche Expansionsbewegung stets ein Außen braucht, in das er im Interesse einer fortgesetzten und gesteigerten Kapitalakkumulation expandieren und wo er immer neue Ausbeutungsstrukturen etablieren kann (vgl. hierzu prominent Lessenichs ehemaligen Kollegen an der Universität Jena, Klaus Dörre 2009, 2013; kritisch zu Landnahme-Theorien vgl. Scholz 2016). Ganz in diesem Sinne verlagere also der Kapitalismus auf immer neue Weise Ausbeutung, Naturzerstörung sowie den von ihm produzierten Abfall nach außen, wo die Nutznießer und Profiteure der kapitalistischen Weltgesellschaft sie nicht wahrnehmen müssen und nicht selbst davon betroffen werden. Das gehe in der Gegenwart sogar so weit, dass ausgerechnet jene Regionen der Erde als erstes und am meisten von den Folgen des durch die kapitalistische Wirtschafts- und Lebensweise verursachten Klimawandels betroffen sind, die diesen am allerwenigsten verschuldet haben, da in den reichen Ländern des Westens praktisch nichts unternommen werde, um international vereinbarte Klimaschutzabkommen einzuhalten.

Die Diagnose gipfelt bei Lessenich schließlich in der Feststellung, mit der er sich offenkundig vor allem gegen das weit verbreitete, oberflächlich kapitalismuskritische Lamento gerade jener westlichen „Wohlstandsgesellschaften“ und deren Publikationsorganen wendet, denen der Kapitalismus einstweilen noch ein vergleichsweise komfortables Leben auf dem Rücken der globalen Mehrheit beschert: „[W]ir leben keineswegs über *unsere* Verhältnisse. Wir leben über die Verhältnisse *anderer*“ (Lessenich 2016: 64, Herv. im Orig.).

Das ist im Wesentlichen der Inhalt von Lessenichs Buch und die primäre Stoßrichtung seiner Kapitalismuskritik. Nun ist es freilich durchaus nicht so, als ob an den von Lessenich beschriebenen und kritisierten Phänomenen nicht auch so einiges dran wäre. Die verheerenden sozialen, ökologischen und ökonomischen Auswirkungen der Globalisierung sind ja nicht zu übersehen. Und auf einer phänomenologischen Ebene lassen sich einige dieser Phänomene durchaus im Sinne einer „Externalisierung“, vor allem aus den kapitalistischen Zentren in die Peripherie, beschreiben. Aber die Frage ist, in welchem allgemeineren gesellschaftstheoretischen Zusammenhang diese Phänomene gestellt werden, und ob die kritische Analyse zu klären vermag – um hier die eingangs verwendete Terminologie wieder aufzugreifen –, von welchem gesellschaftlichen Wesen diese Phänomene Erscheinungen sind. Und an eben diesem Punkt erweist sich Lessenichs

Diagnose von der „Externalisierungsgesellschaft“ bei genauerer Betrachtung nicht nur als reichlich oberflächlich, sondern eigentlich sogar als zutiefst anachronistisch.

„Externalisierung“ als kapitalistische Systemlogik

Zur Plausibilisierung des hier behaupteten Anachronismus in Lessenichs Diagnose ist es zunächst einmal erforderlich, vorab einige grundsätzliche Überlegungen zu dem von ihm verwendeten Begriff der „Externalisierung“, im Sinne einer kapitalismusimmanenten Systemlogik, anzustellen. Dabei wird sehr rasch ersichtlich, dass Lessenich bereits an sich über ein ziemlich oberflächliches und beschränktes Verständnis von „Externalisierung“ verfügt, und zwar in mehrfacher Hinsicht. Es genügt im Grunde schon, sich auf einer phänomenologischen Ebene ein paar Gedanken darüber zu machen, was denn eigentlich so alles im Kapitalismus „ausgelagert“ und „externalisiert“ wird (und in welcher Form), um zu der Erkenntnis zu gelangen, dass sich entsprechende Prozesse genau genommen weder (worauf sich allerdings Lessenichs Externalisierungsbegriff primär beschränkt) in der Auslagerung von Ausbeutung und der ökologischen/sozialen/ökonomischen Folgen kapitalistischen Wirtschaftens auf periphere Regionen erschöpfen, noch ein Problem beschreiben, das (wie die Begriffsverwendung bei Lessenich ebenfalls suggeriert) irgendwie spezifisch für den globalisierten Kapitalismus wäre. Denn ausgelagert bzw. „externalisiert“ werden ja im Kapitalismus auch eine ganze Reihe anderer Aspekte, insbesondere eine Vielzahl von Tätigkeiten und Leistungen, auf die der Kapitalismus zwar unmittelbar angewiesen ist, die er aber selber nicht gewährleisten kann, weil sie quer zur Kapitalverwertungslogik stehen. Und deren „Externalisierung“ gehört wie die Auslagerung seiner destruktiven Potenziale im Grunde schon immer zum Kapitalismus und ist ein ebenso wesentlicher und konstitutiver Teil von ihm wie die Kapitalverwertungslogik selbst. Das beginnt schon bei den ganzen Rahmenbedingungen der Kapitalverwertung, die bekanntlich der Staat gewährleisten muss (Infrastruktur, Bildung, Gesundheits- und Sozialwesen usw.), und wozu nicht zuletzt (und gerade) auch die Verwaltung von durch den Kapitalismus angerichteten Schäden durch Sozial-, Gesundheits-, Umwelt-, Klimapolitik und dergleichen gehört. Bereits Karl Marx hat im ersten Band des „Kapitals“ – wenn auch nicht in Form einer systematischen, elaborierten Staatstheorie – die Rolle des Staates bei der Organisation und Regulierung der kapitalistischen Ausbeutung recht anschaulich beschrieben, etwa die Bearbeitung der verheerenden gesundheitlichen Folgen der industriellen Vernutzung von Arbeitskraft durch ein staatliches Gesundheitssystem (vgl. Marx 1986: 257ff.) oder den Erlass von Gesetzen zur Regulierung (Verlängerung oder Beschränkung) des Arbeitstages oder zur Bekämpfung gewerkschaftlicher Organisation (ebd.: 286ff.). Mit anderen Worten: Die kapitalistische Ausbeutung von Arbeitskraft wie auch deren Reproduktion bedürfen der Organisation und Regelung durch eine Instanz, die außerhalb der unmittelbaren Funktionsräume angesiedelt ist, in denen die eigentliche Kapitalverwertung stattfindet. Und diese Instanz ist der moderne Staat.³

Auch die für den Kapitalismus charakteristische Trennung von Produktion und Reproduktion und die traditionelle Auslagerung reproduktiver Tätigkeiten an Frauen könnte in diesem Kontext betrachtet werden, als eine „Externalisierung“ von Leistungen und Tätigkeiten der gesellschaftlichen Reproduktion, ohne die der Kapitalismus nicht existieren kann, die er aber auch nicht selber bereitstellen kann, weil sie in der Logik der Kapitalverwertung nun einmal nicht aufgehen. Aus wert-enspaltungskritischer Sicht wäre diese „Externalisierung“ von Reproduktionstätigkeiten freilich analytisch ausdrücklich in den Kontext der Wert-Abspaltung zu stellen und stets mit dieser zu vermitteln. Zumindest auf einer oberflächlichen, phänomenologischen Ebene könnte man aber durchaus sagen, dass sich die geschlechtliche Abspaltung materiell-strukturell als eine gesellschaftliche „Externalisierung“ von Reproduktionstätigkeiten darstellt.

Systemimmanente Externalisierungsprozesse ziehen sich also so gesehen durch alle gesellschaftlichen Bereiche und Ebenen und reichen von der staatlichen Verwaltung, der Ausbeutung von Frauen für unbezahlte Haushalts- und Pflegetätigkeiten, über die Ausbeutung der Rohstoffe peripherer Regionen für die westliche Industrie bis hin zum Abladen des Wohlstandsmülls in Afrika. Vieles davon mag in der Gegenwart auch eine erhebliche Zuspitzung erfahren, wenn etwa die Produktion für den westlichen Massenkonsum im Zuge der Globalisierung unter erbärmlichsten Arbeitsbedingungen in Länder der kapitalistischen Peripherie ausgelagert werden oder wenn mittlerweile selbst die Folgen des Klimawandels so weit wie möglich auf jene Regionen der Welt abgewälzt werden, die ihn am wenigsten zu verantworten haben. In diesem Punkt – aber auch nur in diesem – ist die Diagnose von Lessenich sicherlich zutreffend. Aber weder erschöpft sich die „Externalisierung“ in der Verlagerung von Müll, Naturzerstörung, Ausbeutung etc. in die Peripherie, noch ist an der „Externalisierungsgesellschaft“ irgendetwas neu, sondern die Externalisierung gehört immer schon – wenn auch in sich historisch wandelnden Formen und sicherlich auch in zunehmender Intensität – zum Wesen des modernen warenproduzierenden Systems.

Bei Lessenich klingt das zwar immer wieder durchaus an – so wie ja auch Landnahme-Theorien die ständige Landnahme als ein konstitutives und quasi ewigwährendes kapitalistisches Grundprinzip betrachten –, etwa wenn er schreibt: „[D]ie moderne kapitalistische Gesellschaft ist seit jeher und von Anfang an Externalisierungsgesellschaft – auch wenn sie sich dies niemals eingestanden hat. [...] allerdings in historisch wechselnder Gestalt, mit jeweils sich wandelnden Mechanismen und in immer wieder sich verändernden globalen Konstellationen“ (Lessenich 2016: 26). Auch wird die geschlechtsspezifische Trennung von Produktion und Reproduktion von Lessenich im Sinne einer „prototypische[n] Externalisierungskonstellation“ (ebd.: 57) thematisiert, wenngleich nicht sehr systematisch (und natürlich ohne jeden theoretischen Bezug zur Wert-Abspaltung) und eher als ein personalisiertes Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnis konkreter Männer gegenüber konkreten Frauen.⁴ Das heißt, eine grundlegende, umfassende, die gesamte Gesellschaft durchziehende Logik der „Externalisierung“, komplementär zur Kapitalverwertungslogik, wird von Lessenich zwar angedeutet, aber im Wesentlichen versteht er unter „Externalisierung“ vor allem den „ungleiche[n] ökonomische[n] und ökologische[n]

Tausch“ (ebd.: 103) zwischen reichem Westen und globalem Süden. Und hierbei konzentriert er sich wiederum phänomenologisch – und darin liegt auch der von Lessenich beanspruchte zeitdiagnostische Gehalt seiner Abhandlung (ebd.: 26) – primär, wenn nicht ausschließlich auf die Externalisierungsfolgen des globalisierten Gegenwartskapitalismus. Dadurch legt er freilich die Interpretation nahe, dass sich sein Begriff einer „Externalisierungsgesellschaft“ in erster Linie auf die Verhältnisse der Gegenwart bezieht, im Sinne eines kapitalismusimmanenten Prinzips, das heute in Zeiten der Globalisierung auf die Spitze getrieben wird. Auf diese Weise ermöglicht er schließlich, explizit oder implizit, auch solche grob verkürzten Lesarten, die in den Auswirkungen der Globalisierung nur die Effekte eines entfesselten Kapitalismus sehen wollen, den es möglichst wieder – vor allem politisch – zu bändigen gilt. Damit kann Lessenich ohne Frage bei seinem primären Zielpublikum – der zunehmend besorgten „Bionade- und Vollkornbourgeoisie“ – punkten, denn dieses kann sich bekanntlich den Weltuntergang sehr viel eher vorstellen als eine nicht- bzw. postkapitalistische Gesellschaftsform ohne Arbeit, Geld, Warenkonsum, Fernreisen usw. und würde ohnehin am liebsten alles so belassen wie es ist, nur halt alles ein bisschen „grüner“ und „fairer“. Ein „Kapitalismus mit menschlicher Fratze“ (Konicz 2016a) sollte es sein, in dem alle Menschen am kapitalistischen Wohlstand teilhaben, wodurch nicht zuletzt auch die heute massenhaft aus den Zusammenbruchsregionen des kapitalistischen Weltsystems Flüchtenden keinen Grund mehr zur Flucht hätten und endlich wieder damit aufhören könnten, „an unsere Türen klopfen“. Dieses bornierte Mittelschichtsbewusstsein wird durch die mehr oder minder ausdrückliche Gleichsetzung von (radikalierter) „Externalisierungsgesellschaft“ und globalisiertem Kapitalismus ohne Zweifel angesprochen (was nicht zuletzt auch die überwiegend positive Resonanz auf Lessenichs Buch erklären dürfte). Problem lässt sich auf einer solchen Grundlage aber freilich überhaupt keines lösen, denn dieses wird dadurch schon im Ansatz völlig verfehlt und steht gar nicht erst zur Diskussion – und dieses steckt nun einmal im Kapitalismus selbst mit seiner immanenten, zur Kapitalverwertung immer schon komplementären Externalisierungslogik, und nicht erst in deren globalisierten Zuspitzung. (Dass das angesprochene Mittelschichtsbewusstsein nicht zuletzt auch Lessenichs eigenes ist – obwohl er sich in seinem Buch ausdrücklich von Illusionen eines „grünen“ und „fairen“ Kapitalismus distanziert –, lässt sich allerspätestens an seinen praktischen Schlussfolgerungen ablesen, die er aus seiner Diagnose ableitet, und die auf alles Mögliche zielen, nur nicht auf eine Überwindung der für das ganze Elend verantwortlichen kapitalistischen Gesellschaftsform – wir kommen gegen Ende des Textes noch darauf zu sprechen.)

Die „Externalisierung“ im Inneren der westlichen „Wohlstandsgesellschaften“

Was an Lessenichs Bestimmung einer „Externalisierungsgesellschaft“ darüber hinaus (und wie im vorigen Abschnitt im Grunde bereits angedeutet) als einigermaßen unpräzise erscheint, ist, dass er die sich durch die Globalisierung heute enorm verschärfende

„Externalisierung“ ausschließlich als eine von den kapitalistischen Zentren in Richtung der globalen Peripherie beschreibt. Das ist zunächst natürlich nicht ganz falsch – ohne Zweifel findet im Kapitalismus ein wesentlicher Teil der „Externalisierung“ schon immer und heute, unter Globalisierungsbedingungen, erst recht in dieser Form der Auslagerung von Ausbeutung, Elend, Naturzerstörung usw. in periphere Regionen statt. Was dabei allerdings übersehen oder ausgeblendet wird, ist, dass auch innerhalb der Zentren und sogar innerhalb einzelner Volkswirtschaften permanent Externalisierungsprozesse ablaufen. Hier bräuchte im Grunde nur einmal mehr an die für den Kapitalismus grundlegende „Externalisierung“ von Reproduktionstätigkeiten an den weiblichen Teil der Bevölkerung erinnert werden. Zwar besteht heute die Tendenz, solche Tätigkeiten quasi (im Sinne Lessenichs) nochmals auszulagern, hauptsächlich an migrantische Unterschichtfrauen, damit die westlich-weißen Frauen Karriere machen können. Aber lange Zeit handelte es sich hier primär, wenn man so will, um eine Art „innere“ Externalisierung, die zunächst einmal innerhalb der kapitalistischen Zentren selbst stattfand. Und auch heute noch ist ja die nach wie vor für Kinder und Haushalt zuständige, nunmehr aber sogar durch Berufstätigkeit quasi doppelt belastete Frau hierzulande eher die Regel als die Ausnahme.

Auch ganz allgemein die systematische Erzeugung sozialer Ungleichheit – auf die der Kapitalismus ja schon deshalb niemals verzichten könnte, weil es sonst niemanden zum Ausbeuten gäbe – und damit assoziierter gesellschaftlicher Folgeerscheinungen wie Armut, Arbeitslosigkeit, gesundheitliche Schäden durch körperliche Schwerarbeit, schlechte Arbeits- und Wohnbedingungen usw. (die dann wiederum der Staat kompensieren oder zumindest verwalten muss in Form von Sozialfürsorge, „Gesundheitsförderung“, Kriminalitätsbekämpfung etc.), kann als eine Form der „Externalisierung“ betrachtet werden, auf die der Kapitalismus schon lange auch und gerade in seinen Zentren angewiesen ist. Und gerade diese Form der „Externalisierung“ im Zentrum der westlichen Wohlstandszonen erreicht im globalisierten Kapitalismus ebenfalls eine ganz neue Intensität. So wird etwa auch die Krise der Arbeit (die innerhalb der akademischen Soziologie bis heute geflissentlich ignoriert oder höchstens sehr oberflächlich berücksichtigt wird, im Sinne einer von mächtigen ökonomischen und politischen Akteuren ins Werk gesetzten neoliberalen Prekarisierung von Arbeit, vgl. Castel 2011) in Deutschland wie auch anderswo bevorzugt auf dem Rücken von Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger/innen verwaltet, die zu einer praktisch rechtlosen Klasse von Billiglohn-Dienstboten herangezogen werden sollen, um den noch voll im Erwerbsprozess Befindlichen zu Diensten zu sein, damit diese wiederum ihre intensiviertere Auspressung im Betrieb bereit sind zu dulden bzw. diese überhaupt im Sinne ihrer „Work-Life-Balance“ längerfristig aushalten können (vgl. Rentschler 2004).⁵ Speziell in Deutschland ist durch Hartz IV und dergleichen ein in Europa geradezu beispielloser Niedriglohnsektor entstanden, durch den sich die deutsche Wirtschaft gewissermaßen „gesundstoßen“ und gegenüber der europäischen Konkurrenz einen Wettbewerbsvorteil verschaffen konnte. Parallel zur Ausbreitung von Billiglohn, unsicherer und prekärer Beschäftigung und Massenarbeitslosigkeit besteht im Westen auch die zunehmende Tendenz, die dadurch stetig anwachsende Armut und Prekarisierung repressiv mithilfe des Strafrechts zu verwalten (vgl.

Wacquant 2009; Stückler 2017; Meyer 2017a). Auch das fällt also unter die Kategorie „Externalisierung“, nämlich Externalisierung von Krisenfolgen, auch wenn damit Prozesse angesprochen sind, die in den Zentren selbst stattfinden und nicht (oder jedenfalls nicht zwangsläufig) vom Zentrum in Richtung Peripherie verlaufen.

Bei Lessenich hat freilich die ausschließliche Fokussierung auf die Externalisierung vom Zentrum in die Peripherie vor allem die Funktion, ein kollektives „Wir“ zu konstruieren, dem er fast schon moralisch (auch wenn er sich ausdrücklich gegen eine bloß moralische Kritik verwehrt, vgl. Lessenich 2016: 188) die verheerenden Folgen der auf die Spitze getriebenen kapitalistischen Externalisierung vorwerfen kann. „Wir alle“, so lautet seine Botschaft, leben über die Verhältnisse anderer. „Uns allen“ geht es gut, weil es den anderen schlecht geht. „Wir alle“ tragen gleichermaßen die Verantwortung für das viele Elend und die Zerstörung, die die Globalisierung so vielen Menschen in der Welt bringt. Auch daran ist irgendwie auch etwas Wahres, aber angesichts der fortschreitenden Prekarisierung und Verarmung auch hierzulande, die ja, wie gesagt, nicht zuletzt selbst auf der „Externalisierung“ von Krisenfolgen beruht, ist das (gerade vom Standpunkt eines bestens situierten Universitätsprofessors) eine reichlich dreiste Behauptung. Zwar ist es schon richtig, wie Lessenich zur Rechtfertigung seines Arguments betont, dass im Westen die Situation selbst der sozial Schwächsten allemal besser ist als die der Verelendeten in der Peripherie, zumal „praktisch alle Einkommensgruppen in den europäischen Ländern dem reichsten Fünftel der Weltbevölkerung zuzurechnen sind“ (ebd.: 20), sodass also bei uns noch Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger/innen und vielleicht sogar Obdachlose mehr Nutznießer des kapitalistisch produzierten „Wohlstands“ sind (und entsprechend auch einen größeren „ökologischen Fußabdruck“ hinterlassen) als z.B. einer von den zahlreichen auf den afrikanischen Müllbergen umher kletternden Müllsammler oder eine unter grausigen Arbeitsbedingungen in einem der zahllosen Sweatshops der globalisierten Bekleidungsindustrie ausgebeutete Näherin (wenn auch ein solcher Vergleich auf diesem Niveau m.E. fast schon der Frage gleichkommt, wer von zwei Patienten mit metastasierendem Krebs eigentlich der gesündere ist). Auch kann sich Lessenich damit zu Recht von verkürzten und einseitigen Positionen etwa eines Thomas Piketty (2014) abgrenzen, bei dem gerade diese Differenz tendenziell eingeebnet wird durch dessen primäre Fokussierung auf das ständig steigende, immanente Reichtumsgefälle zwischen westlichen Superreichen und westlichen Otto-Normalverbrauchern. Angesichts dieser weit verbreiteten, grob einseitigen Perspektive aber nun quasi in das umgekehrte Extrem zu verfallen und stattdessen eine allgemeine, kollektive Verantwortung zu postulieren, die für alle gleichermaßen gilt, weil „wir alle“ von der Externalisierung all der destruktiven Potenziale des Kapitalismus in die Peripherie profitieren, ist aber in der Tat nicht minder problematisch und in dieser Form nur möglich, wenn man sich systematisch blind macht gegenüber den Externalisierungsprozessen, die auch innerhalb des Zentrums jeden Tag ablaufen. Es geht eben, und zwar bei Weitem, nicht „allen“ gut „bei uns“ im Westen.⁶ Das ist im Kern dieselbe Ignoranz, die auch sonst stets dazu neigt, alles zu individualisieren und unterschiedslos in die Verantwortung des/der Einzelnen zu verlagern, auch wenn es sich freilich im konkreten Fall

um die Erste Person Plural handelt: Ungefähr so wie der Obdachlose nach herrschender Meinung selber schuld ist an seiner Obdachlosigkeit, so soll er auch genauso schuld sein am Elend der globalisierten Welt wie der mit Lebensmitteln spekulierende Investmentbanker, der regelmäßig nach Thailand reisende mittelständische Sextourist oder der Shrimps futternde Universitätsprofessor.⁷

Wenigstens geht Lessenich nicht so weit, das von ihm beschworene „wohlstandsgesellschaftliche Wir“ ernsthaft als Potenzial für einen umfassenden gesellschaftlichen Wandel und für eine Durchbrechung der kapitalistischen Externalisierungsdynamik zu unterstellen. Ein solches „Wir“ lasse sich nämlich, ihm zufolge, bei all der Ungleichheit, die innerhalb der westlichen Wohlstandsgesellschaften selbst herrsche, kaum mobilisieren (Lessenich 2016: 189f.). Das ist freilich eine durchaus realistische Einschätzung – eine Gesellschaft, die aufgrund ihrer eigenen Externalisierungslogik auch innerhalb der globalen Wohlstandszonen tendenziell mehr Verlierer als Gewinner produziert, kann nicht mit politischen Mehrheiten rechnen, durch die substantielle gesellschaftliche Veränderungen herbeigeführt werden könnten. Bloß spielt das im Grunde auch gar keine Rolle, denn eine immanente Systemlogik – und die „Externalisierung“ *ist* eine Systemlogik, auch wenn sie, worauf Lessenich (ebd.: 25) besteht, von „real existierenden sozialen Akteuren getragen“ und exekutiert werden muss⁸ – kann ohnehin nicht demokratisch abgewählt werden; diese kann nur mitsamt dem System abgeschafft werden. Andernfalls müssen wir mit der „Externalisierungsgesellschaft“ und ihren verheerenden Folgen auch weiterhin leben. So oder so stellt sich allerdings die Frage, wozu die ganze Beschwörung einer kollektiven Verantwortlichkeit eigentlich gut war, wenn sogar Lessenich klar ist, dass es dieses „Wir“ gar nicht gibt und auch (jedenfalls auf einer bloß immanent politischen Ebene) niemals geben kann.⁹

Die „Externalisierungsgesellschaft“ in der Krise

Die bis hierher vorgenommene Diskussion des Begriffs der „Externalisierungsgesellschaft“ hat so manchen blinden Fleck sowie erhebliche Ungenauigkeiten in Lessenichs theoretischer Bestimmung einer kapitalismusimmanenten Externalisierungslogik ergeben: So verstellt seine weitestgehende Reduktion der Externalisierung auf einen „ungleichen ökonomischen und ökologischen Tausch“ zwischen kapitalistischem Zentrum und Peripherie zunächst (und in Ermangelung einer wert-enspaltungskritischen Perspektive) den Blick auf die sehr viel umfassenderen Prozesse und Mechanismen der „Externalisierung“, die dem kapitalistischen System inhärent sind, und zu denen etwa auch die Auslagerung der Organisation der Rahmenbedingungen der Kapitalverwertung an den Staat gehört oder die Delegation reproduktiver Tätigkeiten an Frauen. Des Weiteren – und wohl auch aufgrund dieser verkürzten Begriffsbestimmung – neigt er dazu, sich phänomenologisch vor allem auf die verheerenden Globalisierungsfolgen im globalen Süden zu konzentrieren, wodurch (jedenfalls potentiell) eine kurzschlüssige Gleichsetzung von „Externalisierungsgesellschaft“ und globalisiertem „Turbokapitalismus“ nahegelegt wird, auch wenn (oder gerade weil) er

„Externalisierung“ als ein historisch gewachsenes „Struktur- und Prozessmuster“ auffasst, das sich im Zuge der Globalisierung „radikalisiert“ hat (vgl. Lessenich 2016: 26f.). Im Grunde lautet seine Zeitdiagnose, dass wir heute in einer „radikalisierten Externalisierungsgesellschaft“ leben, die vor allem sozial und ökologisch immer größere Schäden anrichtet, hauptsächlich in den Ländern der kapitalistischen Peripherie. Diese Diagnose ist in vielerlei Hinsicht zutreffend – und verfehlt doch in zentralen Punkten das „Wesen“ der darunter gefassten Phänomene. Denn bei genauerer Betrachtung – und mit einem wesentlich umfassenderen Externalisierungsbegriff – stellt sich heraus, dass viele der Phänomene und der sozialen, ökonomischen und ökologischen Konsequenzen der kapitalistischen Globalisierung, die Lessenich einer „radikalisierten Externalisierungsgesellschaft“ zuschreibt, vielmehr schon auf deren eigene Krise und deren fortgeschrittene Verfallsform verweisen bzw. darauf, dass die kapitalistische „Externalisierungsgesellschaft“ in zunehmendem Maße eigentlich von innen heraus *externalisierungsunfähig* wird. So wie quasi die Kapitalverwertung heute in der zunehmenden Krisenreife des „prozessierenden Widerspruchs“ (Marx) auf innere und äußere Schranken stößt, so stößt auch die Fähigkeit, ihre destruktiven Effekte, aber auch andere Aspekte, die in der Kapitallogik nicht aufgehen, auszulagern, mehr und mehr an ebenso innere und äußere Grenzen. Und dies ist schließlich auch der Punkt, an dem sich Lessenichs Zeitdiagnose als zutiefst anachronistisch erweist.

Ein Problem wie der Klimawandel zum Beispiel – worauf auch Lessenich (ebd.: 167) soweit noch zutreffend hinweist – kann im Grunde gar nicht mehr „externalisiert“ werden. Hier kann allenfalls, und das auch nur zeitweilig, gehofft werden und gegebenenfalls entsprechende klimapolitische Bestimmungen erlassen (oder wahrscheinlich eher unterlassen) werden, um dafür zu sorgen, dass die Folgen des Klimawandels zuerst die Peripherie treffen. Das wird aber freilich nicht sehr lange gut gehen, denn der Klimawandel hält sich nicht an nationale Grenzen, und wie neuere Studien nahelegen verläuft er auch nicht linear, sondern dürfte ab einem gewissen Punkt, der bald erreicht sein wird, in eine qualitative und irreversible Veränderung des globalen Klimas umschlagen (vgl. Konicz 2016b).

Auch die voranschreitende Krise der Arbeit, die mit der aktuellen Digitalisierung (Stichwort „Industrie 4.0“) auf einen neuen Höhepunkt zusteuert¹⁰, kann zwar einstweilen noch dadurch „externalisiert“ werden – wovon besonders Deutschland in den letzten Jahren primär gelebt hat –, dass ihre Folgen, insbesondere Arbeitslosigkeit, u.a. durch knallharte Exportorientierung an wirtschaftlich unterlegene Volkswirtschaften exportiert werden, indem man diese gnadenlos niederkonkurriert. Aber dieser zunehmende Vernichtungswettbewerb, der einige Länder der EU (Griechenland, Spanien usw.) inzwischen an den Rande des Bankrotts getrieben hat, zeigt ja eigentlich nur an, dass die Krise schon längst vor der eigenen Haustür steht und sich nicht mehr lange „externalisieren“ lassen wird.

Nicht zuletzt die von Lessenich beklagte „Auslagerung“ der kapitalistischen Ausbeutung von den Zentren in die Peripherie ist – worauf die Wert-Abspaltungskritik schon lange hinweist – als eine unmittelbare Folge einer tiefgreifenden Krise der Kapitalverwertung selbst aufzufassen, indem Konzerne und Industrieunternehmen arbeitsintensive Betriebsteile

auslagern, um die Billiglohnstrukturen in den peripheren Regionen des kapitalistischen Weltsystems auszunutzen (freilich um den Preis fortschreitender Deindustrialisierung und Arbeitslosigkeit in den Zentren), weil dies offenbar mittlerweile der einzige Weg ist, überhaupt noch Profite zu machen, die nicht aus den bloß virtuellen Gewinnen einer allenfalls noch an den Konzern angehängten Investmentbank stammen (vgl. Kurz 2005). So lassen sich diese Entwicklungen jedenfalls erklären, wenn man sich nicht mit den Erklärungen der überwiegenden Globalisierungskritik zufrieden gibt (z.B. Felber 2006), die das Problem bevorzugt, quasi in einer Personalisierung der ganzen Problematik, auf die Machenschaften profitgieriger multinationaler Konzerne und willfähriger neoliberaler Politiker/innen zurückführen. Wer solchen Erklärungsmustern anhängt, sollte sich einmal grundsätzlich die Frage stellen, weshalb eigentlich Unternehmen ausgerechnet in einer Zeit zu der ja nicht ganz unaufwändigen Praxis übergehen, ganze Betriebsteile in Billiglohnländer zu verlagern, in der die Lohnkosten aufgrund der fortschreitenden Automatisierung der Produktion und eines stetigen Anwachsens des „konstanten Kapitals“ (Maschinen etc.) gegenüber dem „variablen Kapital“ (Arbeitskraft) einen ohnehin immer kleineren Anteil auf der Kostenseite der Unternehmensbilanzen ausmachen. Oder anders formuliert: Wieso streben Unternehmen danach, mit aller Gewalt noch die kleinsten Lohndifferenzen für sich zu nutzen, wo doch heute die Lohnkosten tendenziell bereits den geringsten Teil in der kapitalistischen Kostenrechnung darstellen? Das sollte eigentlich auch Globalisierungskritikern zu denken geben.¹¹ Auch hier verläuft im Übrigen die „Externalisierung“ dieser Krisentendenzen mitnichten allein vom Zentrum in die Peripherie, sondern findet auch innerhalb der Zentren selbst statt. So versuchen etwa auch hierzulande multinationale Konzerne mit allen Mitteln ihre Kosten zu senken, indem sie z.B. den Kostendruck auf ihre regional produzierenden Zulieferbetriebe abwälzen (siehe etwa den medial Aufsehen erregenden Zuliefererstreit beim VW-Konzern im Jahr 2016).¹² Hier zeichnet sich also eine fundamentale Krise des kapitalistischen Systems insgesamt ab, deren Folgen zwar einstweilen noch hauptsächlich in die Peripherie „externalisiert“ werden (wobei deren Externalisierung selbst bereits ein Krisenphänomen ist), die aber immer mehr auch in den kapitalistischen Zentren selbst virulent werden. Auch in diesem Lichte befindet sich also die Sintflut, von der Lessenich im Titel seines Buches spricht, schon längst nicht mehr neben uns, sondern ist bereits unmittelbar im Anrollen und wird in nicht mehr allzu ferner Zukunft mit voller Wucht auch die kapitalistischen Zentren treffen.

In diesem Zusammenhang wären auch die besagten Externalisierungsprozesse im Inneren der westlichen „Wohlstandsgesellschaften“ zu berücksichtigen, die Lessenich weitestgehend ausblendet (Staatstätigkeit und Abspaltung der Reproduktion). Gerade die heute allseits beklagte „Reproduktionskrise“ (Jürgens 2010; Aulenbacher/Dammayr 2014) – bewirkt durch die zunehmende Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt – deutet darauf hin, dass der Kapitalismus seine historisch gewachsenen Externalisierungsstrukturen und -prozesse durch seine eigene Verwertungslogik bis hin zu ihrer absehbaren, vollständigen Funktionsunfähigkeit erodieren hat lassen. Auch diese Entwicklungen und die damit verbundenen Konsequenzen lassen sich bislang, wenn auch mehr schlecht als recht,

„externalisieren“, indem die entsprechenden Tätigkeiten z.B. an osteuropäische Dienstbotinnen ausgelagert werden, die den Haushalt mittel- und westeuropäischer Karrierefrauen schmeißen und deren Kinder betreuen, während sie ihre eigenen Kinder oftmals in ihrem Herkunftsland zurücklassen und von anderen betreuen lassen müssen, oder die als billige Pflegekräfte die zunehmende „Last“ der immer mehr werdenden, pflegebedürftigen Alten in den „überalternden“ westlichen Gesellschaften bewältigen helfen, da die hiesigen Frauen nunmehr Beruf und Familie unter einen Hut kriegen müssen und dadurch für die informelle, unbezahlte Altenpflege immer weniger zur Verfügung stehen. Alles in allem – und trotz (oder vielmehr gerade aufgrund) dieser Externalisierung nach außen – verweist aber eben alles darauf, dass der abgespaltene Reproduktionsbereich, ohne den der Kapitalismus nicht existieren kann, zunehmend dem Verfall und der Verwahrlosung preisgegeben ist. Roswitha Scholz spricht vor diesem Hintergrund sehr treffend von einer „Verwilderung des Patriarchats“ (Scholz 2011).

Auch die für die Funktionsfähigkeit und den Ablauf der ganzen kapitalistischen Veranstaltung unerlässliche „Externalisierung“ organisatorischer und administrativer Tätigkeiten und Leistungen an den Staat stößt mit der „Staatsschuldenkrise“ langsam aber sicher an einen inneren Plafond. Die horrenden Staatsschulden, die mittlerweile auf der ganzen Welt ein neues, sonderbares Phänomen sogenannter „gescheiterter Staaten“ hervorgebracht haben, bestehen dabei nicht erst seit der im Gefolge des Finanzcrashs von 2008 notwendig gewordenen „Bankenrettung“, sondern existierten als Problem schon lange davor und wurden dadurch lediglich, wenn auch dramatisch, verschärft. Im Prinzip ist mit der Finanzkrise die (zunächst staatliche) Verschuldungsdynamik, die in den 1980er Jahren überhaupt erst zur „neoliberalen Wende“ geführt hat, wieder von den Finanzmärkten zurück auf den Staat übergegangen, der nunmehr in einer Form von „neoliberalem Keynesianismus“ (Kurz 2013: 127) Krisenverwaltung betreiben muss, wobei hier aber praktisch nur noch die sprichwörtliche Wahl zwischen Pest und Cholera zu existieren scheint: Der Staat kann (so praktizierte es nach Krisenausbruch etwa die EU) angesichts der explodierenden Staatsschulden auf eine radikale Austeritätspolitik einschwenken, was vor allem einhergeht mit einer weiter forcierten Demontage sozialstaatlicher Strukturen. Eine solche Austeritätspolitik hat aber freilich historisch bisher noch jede Volkswirtschaft mittelfristig in die Deflation und damit nur in eine Verschärfung der Krise gestürzt. Oder aber der Staat legt (so wie die USA) ein Konjunkturprogramm nach dem anderen auf und spült mithilfe der Notenbanken frisches Geld ins System, was aber nur, quasi umgekehrt, ein weiteres Anwachsen der Staatsschulden bedeuten kann und darüber hinaus das Risiko einer Inflation mit sich bringt (vgl. Konicz 2016c: 81ff.). Mit anderen Worten: In der gegenwärtigen Situation kann es der Staat eigentlich nur noch falsch machen. Eben das zeigt aber an, wie schlecht es um die kapitalistische Gesellschaft mittlerweile nicht nur ökologisch und sozial, sondern auch politisch-ökonomisch bestellt ist, und dass der Staat seine an ihn ausgelagerten Leistungen nicht mehr lange erfüllen können wird.

Die augenfällige, zunehmende Externalisierungsunfähigkeit des Kapitalismus wird unmittelbar verkörpert nicht zuletzt und gerade durch die rasch wachsenden

Flüchtlingsströme aus jenen Regionen der Erde, in die bislang alles Elend des Kapitalismus nach Möglichkeit „externalisiert“ wurde, und das nun in Form der zahllosen nach Europa strömenden Flüchtlinge quasi auf das Zentrum zurückschwappt. Das ist ein wichtiger Punkt, auf den auch Lessenich hinweist (Lessenich 2016: 125ff.). Er problematisiert in diesem Zusammenhang aber eher das „Mobilitätsmonopol“ des reichen Westens, das etwa in der unbeschränkten Reisefreiheit von Europäer/innen bestehe, während für Angehörige peripherer Länder fast überall Visumpflicht bestehe. Für Flüchtlinge würden überhaupt die Grenzen dicht gemacht, obwohl ihre Flucht meist direkt aus den Folgen der globalisierten Externalisierungsprozesse resultiere. Das ist alles richtig, verfehlt aber eben in gewisser Weise auch die Tragweite des Problems, da die Massenflucht aus der Peripherie (auch wenn – oder gerade weil – es nur ein verschwindend kleiner Teil ist, der es tatsächlich bis zur Festung Europa schafft)¹³ auf eine greifbar werdende Grenze der kapitalistischen „Externalisierung“ selbst verweist und quasi deren zunehmende Krisenhaftigkeit anzeigt. Gerade in Form der Menschenmassen, die sich ohne jede Perspektive nach Europa aufmachen, rückt auch das wachsende Elend, die Zerstörung und die sprichwörtliche „verbrannte Erde“, die der Kapitalismus auf dem Planeten in immer größerem Maßstab hinterlässt, stetig näher an die Zentren heran und holt sie quasi zunehmend ein. Und auch hier entfalten sich einmal mehr eine ganze Reihe innerer (also nicht bloß aus dem Zentrum in die Peripherie gerichteter) Externalisierungsprozesse. Zwar sind die Staaten des Zentrums sehr darum bemüht, wie etwa die USA, Grenzmauern zu errichten, um illegale Migrant/innen aus den globalen Elendsregionen an der Einreise zu hindern, oder, wie die EU, die Sicherung der EU-Außengrenzen den Anrainerstaaten aufzuhalsen, die am besten auch gleich die Asylverfahren erledigen sollen, damit man die Flüchtlinge nicht erst hinterher aus Europa abschieben muss. Aber bei jenen Flüchtlingen, die das Zentrum erreichen, besteht die gängige Praxis der Staaten primär darin, die steigende Last durch die vielen Asylanten (noch dazu bei zunehmend klammen Staatshaushalten) wo es nur geht dem unmittelbaren Nachbarn umzuhängen¹⁴ oder noch besser den Griechen in der europäischen Peripherie. Sollen doch die sich um die vielen Flüchtlinge kümmern, auch wenn sie durch die (vor allem von Deutschland forcierte) europäische Austeritätspolitik endgültig finanziell ruiniert worden sind – selber Schuld oder halt geographisches Pech, wenn so viele Flüchtlinge auf dem Weg nach Europa zuerst in Griechenland stranden. Selbstverständlich echauffiert man sich dann aber hierzulande umso lieber über die immer katastrophaler werdenden Zustände in den griechischen Flüchtlingslagern.

Überwindung oder Reform der kapitalistischen „Externalisierungsgesellschaft“?

Angesichts solcher Entwicklungen einer globalisierten Welt könnte man also in der Tat sagen: Externalisierung allerorten und in ständig zunehmender Potenz – all das aber eben im Grunde bereits auf der Grundlage zunehmender gesellschaftlicher *Externalisierungsunfähigkeit*. Was Lessenich mithin als „radikalisierte Externalisierungsgesellschaft“ beschreibt, ist im Prinzip

bereits ihre eigene Krise und der Eintritt in ihr terminales Stadium. Bestünde darin die von Lessenich vorgenommene Diagnose, so wäre sie auch mitnichten anachronistisch, sondern befände sich, ganz im Gegenteil, voll auf der Höhe der Zeit. Ansatzweise wird freilich auch von Lessenich eine absehbare Grenze der kapitalistischen Externalisierungsfähigkeit durchaus in Betracht gezogen, etwa wenn er feststellt, dass es heute im Prinzip „kein weltgesellschaftliches ‚Außen‘ mehr [gibt], in das hinein externalisiert werden könnte. Die Wahrscheinlichkeit, dass die sozialen und ökologischen Kosten des industriellen Wohlstandskapitalismus nicht einfach irgendwo anfallen, weit entfernt von den Verursacherinnen und Profiteuren, sondern doch auch wieder auf diese – also auf uns selbst – zurückschlagen, ist damit strukturell gestiegen. Und es gehört nicht viel Phantasie, sondern nur Beobachtung und Analyse dazu, von einer massiven Zunahme solcher Rückkopplungseffekte bereits in der näheren Zukunft auszugehen“ (Lessenich 2016: 26f.). Damit hat er aber schon ausdrücklich nur die ökologische Problematik und allenfalls die ständig zunehmenden Fluchtbewegungen auf dem Radar, die der westlichen „Wohlstandsgesellschaft“ ein Weitermachen wie bisher in mittlerer Frist erschweren werden, nicht aber die sehr viel umfassendere, zunehmende Externalisierungsunfähigkeit des Kapitalismus als solche. Aber auch in diesem Fall würde eine Perspektive, die das sich abzeichnende Ende der „Externalisierung“ voll und ganz zur Kenntnis genommen hat, notwendig implizieren, das kapitalistische System, das eben – wie sich ja heute immer deutlicher abzeichnet – sehr bald keine Gewinner mehr kennen wird, endgültig und radikal zur Disposition zu stellen. Wenn die dem Kapitalismus inhärente „Externalisierung“ (wie auch die Kapitalverwertung selbst) zunehmend an innere und äußere Grenzen stößt, dann gibt es eigentlich nur noch die Wahl, die kapitalistische „Externalisierungsgesellschaft“ abzuschaffen oder gemeinsam mit ihr unterzugehen. Genau diese Konsequenz will Lessenich aber nicht wahrhaben. Stattdessen beschränkt er sich auf ein Wiederkäuen altbekannter Konzepte eines angesichts der gegenwärtigen Entwicklungen im Grunde praktisch gegenstandslos gewordenen linken und globalisierungs- und neoliberalismuskritischen Politizismus, wodurch er unmittelbar zu verstehen gibt, dass er die Tragweite der von ihm beschriebenen Entwicklungen nicht im Geringsten erfasst hat und sich hinter der ganzen radikal daherkommenden „kapitalismuskritischen“ Rhetorik am Ende – trotz seiner vordergründigen Distanzierung von Konzepten eines „grünen“ und „fairen“ Kapitalismus – doch nur das bornierte Bewusstsein des kapitalistischen Mittelschicht-Subjekts verbirgt, das partout nicht einsehen will, warum der Kapitalismus nicht auch ein bisschen „fairer“ und „ökologischer“ zu haben sein soll, wenn wir uns nur alle ausreichend darum bemühen. Seine praktischen Schlussfolgerungen – die er im Übrigen geradezu oberlehrerhaft überschrieben hat mit „Wir müssen reden: Wegdenken war gestern“ (Lessenich 2016: 171) – zielen denn auch auf alle möglichen Reformen und politischen Maßnahmen, um den Kapitalismus quasi auf ein sozial und ökologisch verträgliches Maß zurückzuschrauben, statt diesem destruktiven und alles menschliche Leben in planetarischem Maßstab zunehmend bedrohenden Gesellschaftssystem endgültig (und sei es einstweilen nur theoretisch) den Kampf anzusagen.

Da kommen dann z.B. Vorschläge wie die „Revision des Welthandelsregimes“ (ebd.: 195). Ohne Frage eine nette und gut gemeinte Idee – wenn nur nicht die Globalisierung und die mit ihr verbundene globale Vernichtungskonkurrenz auf dem Weltmarkt, der heute immer mehr Volkswirtschaften der Welt zum Opfer fallen, selbst aus den zunehmend an systemimmanente Grenzen stoßenden Kapitalverwertungszwängen resultieren würde. Systemimmanent führt kein Weg mehr zurück hinter die für mehr und mehr Länder zunehmend den Bankrott und für ihre Bevölkerungen stetig wachsende Verelendung bedeutende Globalisierung, und auf dieser Basis kann es auch keine neue Welthandelsordnung geben, sondern nur die sich immer weiter zuspitzende Anarchie der Weltmarktkonkurrenz.

Oder eine globale Klimapolitik (ebd.: 195): Einmal davon abgesehen, dass die globale Instanz, die die im Kapitalismus nun einmal divergierenden wirtschaftlichen Interessen der Staaten unter einen Hut bringen oder gegebenenfalls „overrulen“ könnte, erst noch erfunden werden muss (was aber gerade angesichts dieser höchst unrealistischen Anforderungen wohl auch weiterhin nur ein feuchter Traum von Anhängern einer Weltstaats-Utopie bleiben wird), würde auch eine wie auch immer globale Klimapolitik, solange die kapitalistischen Grundlagen und insbesondere die ökonomischen Wachstums- und Produktivitätszwänge weiterhin unberührt bleiben, wohl oder übel nur darin bestehen können (wie ja heute auch schon), immer neue Klimavereinbarungen zu beschließen, deren Ziele zeitlich immer weiter nach hinten verschoben und sachlich immer weiter nach unten geschraubt werden, weil unter diesen gesellschaftlichen Bedingungen das Pendel im Zweifel immer zugunsten des „ökonomisch Machbaren“ und gegen das „ökologisch Notwendige“ ausschlagen muss (Ortlieb 2009: 51).¹⁵ Hier führt einfach kein Weg an einer radikalen Kapitalismuskritik vorbei, denn einen Kapitalismus ohne Wachstum gibt es nicht – auch wenn das Lessenich offenbar anders sieht, wenn er sich ausdrücklich in die Reihe von in den letzten Jahren an Zulauf gewinnenden „Postwachstums“-Ideologien einordnet (Lessenich 2016: 195), deren Konzepte faktisch auf die Illusion einer weiterhin geldvermittelten und auf Lohnarbeit basierenden (also kapitalistischen) Wirtschaft ohne Wachstum hinauslaufen (vgl. prominent Paech 2009; Seidl 2010; kritisch zu Postwachstums-Ideologien vgl. Späth 2016). Und solange an der kapitalistischen Struktur der Gesellschaft nicht radikal gerührt wird, werden auch die ökonomischen Wachstumszwänge bestehen bleiben, was aber nur weitere Umwelt- und Klimazerstörung bedeuten kann. Warum ist das eigentlich so schwer zu begreifen?

Mit dem Ruf nach einer Finanztransaktionssteuer greift Lessenich des Weiteren einen nun wirklich fast schon toten Hund einer schon lange bestehenden, deshalb aber nicht weniger verkürzten Globalisierungskritik à la Attac auf, die lieber (wie oben angesprochen) die finanzkapitalistische Spekulation als Ursache für alle aktuellen wirtschaftlichen Krisenzustände betrachtet, als umgekehrt die Spekulation als Folge einer seit Jahrzehnten stagnierenden realökonomischen Kapitalverwertung zur Kenntnis zu nehmen. Nun spricht freilich nicht grundsätzlich etwas dagegen, durch die Einführung einer solchen Steuer Geld in die klammen Staatshaushalte zu spülen – jedenfalls solange die dadurch generierten Steuereinnahmen nicht zur Finanzierung der (gerade im Angesicht der „Flüchtlingskrise“)

überall anschwellenden Sicherheitsapparate, sondern für den seit Jahren ausgedünnten Sozialbereich eingesetzt werden, *und* solange dabei auch von vornherein klar ist, dass durch eine Besteuerung von Finanztransaktionen überhaupt keines der grundlegenden Probleme gelöst wird, da das dabei besteuerte Geld immer schon nur darauf wartet, beim Platzen der nächsten Finanzblase entwertet zu werden, weil die meisten Finanztransaktionen überhaupt keine realökonomische, produktive Grundlage mehr haben. Mit der Besteuerung von im Grunde wertlosem Geld werden wir also nicht weit kommen.¹⁶

Hinauslaufen soll diese „radikale institutionelle Reform der Externalisierungsgesellschaft“ (Lessenich 2016: 195)¹⁷, wenn es nach Lessenich geht, im Prinzip auf eine „doppelte Umverteilung“, nämlich sowohl eine Umverteilung innerhalb der globalen Wohlstandszonen selbst, um die dort immer weiter aufgehende Schere zwischen Arm und Reich zu schließen, als auch eine Umverteilung zwischen globalem Norden und globalem Süden. Auch das deutet freilich vielmehr auf eine grobe Unterschätzung der Situation hin, in der sich die kapitalistische Gesellschaft gegenwärtig befindet, als auf eine realistische Problemlösungsstrategie. Denn angesichts der global ständig steigenden Massenarbeitslosigkeit durch fortschreitende Automatisierung und bei einer längst nur noch virtuell stattfindenden und mittlerweile eigentlich sogar nur noch durch ständige Liquiditätsspritzen der Notenbanken aufrechterhaltenen Kapitalverwertung, gibt es im Grunde nicht mehr allzu viel, das umverteilt werden könnte (vgl. Konicz 2016c: 81ff.). Die „doppelte Umverteilung“ ist in der Krise der „Externalisierungsgesellschaft“ daher genauso illusionär wie ein Kapitalismus ohne Wachstum (einmal ganz davon abgesehen, dass der Kapitalismus hier mal wieder vulgärmarxistisch auf ein bloßes Umverteilungsproblem reduziert wird, während mittlerweile, gerade anhand der ökologischen Problematik, mehr als offenkundig sein sollte, dass die Produktionsweise als solche das Problem ist).

Last but not least könnte laut Lessenich (wenn auch nur im Verbund mit strukturellen Veränderungen wie der bereits erwähnten Revision der Welthandelsordnung) auch ein Konsumverzicht im globalen Norden helfen, das globalisierte Elend in der kapitalistischen Peripherie einzudämmen. Damit verfällt Lessenich am Ende doch noch auf eine im Kern immer schon durch und durch moralische Konsumkritik (was Lessenich ja eigentlich vermeiden wollte), die darüber hinaus auch noch als praktische Strategie schon in zweifacher Hinsicht unrealistisch ist: Die „Wohlstandsgesellschaft“ des globalen Nordens wird sich auf kapitalistischem Boden sicherlich so alles Mögliche ausreden lassen, aber mit Sicherheit nicht den Konsum. Denn der ist so ziemlich das einzige, was die meisten Leute (und auch das nur sehr unzureichend) für die Zumutungen ihrer kapitalistischen Existenz, für die ständig wachsende Leistungshetze und die Reduzierung ihrer Person auf einen bloßen (mittlerweile auch noch zunehmend von der ökonomischen Überflüssigkeit bedrohten) Arbeitskraftbehälter so einigermaßen „entschädigt“. Und selbst wenn: Der exzessive Konsum in den Wohlstandsregionen ist schon seit langem – in Kombination mit bzw. zusätzlich befeuert durch die nur noch virtuell stattfindende Kapitalverwertung auf den von der Realökonomie völlig entkoppelten Finanzmärkten und durch eine damit verbundene, seither geradezu explodierte Privatverschuldung – das einzige, was die Weltwirtschaft überhaupt noch daran

hindert, wie ein Kartenhaus in sich zusammenzufallen. Nicht zufällig wird Konsum gerne durch Kredit finanziert, wie dies besonders exzessiv (jedenfalls bis zur Finanzkrise von 2007/08) in den USA und seit einiger Zeit auch zunehmend in Ländern wie China praktiziert wird (vgl. Konicz 2016c: 43ff.). Der von Lessenich verordnete (oder jedenfalls goutierte) Konsumverzicht würde also überhaupt keine nennenswerten Verbesserungen bewirken, sondern den Kapitalismus nur umso schneller in den endgültigen Zusammenbruch treiben. Wogegen nicht grundsätzlich etwas einzuwenden wäre, nur sollte das Ende des Kapitalismus möglichst ein von den Menschen bewusst herbeigeführtes sein und nicht eines, das katastrophisch über sie hereinbricht. Was das bedeutet, kann ja in zahlreichen Regionen der Erde, die der Weltmarkt bereits unverdaut ausgeschieden hat, besichtigt werden (und auch das ist ja, wie gesagt, ein wesentlicher Grund für die Massenflucht in Richtung Zentrum): nämlich den sukzessiven Zerfall gesellschaftlicher Strukturen und die Ausbreitung anomischer und bürgerkriegsähnlicher Zustände (vgl. Kurz 2003; Bedszent 2014).

Lessenich hingegen fällt angesichts des verheerenden Zustands, in dem sich das kapitalistische Weltsystem befindet, wie so vielen anderen Linken, nur eines ein: systemimmanente, immer schon auf den kategorialen kapitalistischen Rahmen vergatterte Politik. *Politik* – das ist offenbar das letzte Wort des vielleicht „kapitalismuskritischsten“ Soziologen im deutschsprachigen Raum in der Krise der „Externalisierungsgesellschaft“.¹⁸ Das ist aber, mit Verlaub, in Wahrheit auch die blanko unterzeichnete Kapitulationserklärung der akademischen Soziologie vor einem allmählich und offenkundig an sich selbst zugrunde gehenden Kapitalismus. Ein Grund mehr anzunehmen, dass aus den überwiegenden Reihen der akademischen Sozialwissenschaft (von einzelnen Ausnahmen vielleicht abgesehen) mit weiterem Fortschreiten der Krise weder intellektuelle noch praktische Unterstützung zu erwarten sein wird. Diese werden wohl bis zum bitteren Ende des Kapitalismus versuchen, mit längst obsoleten und anachronistischen Politikkonzepten ein Gesellschaftssystem zu reformieren, das nicht mehr reformiert, sondern bei Strafe des eigenen Untergangs nur noch abgeschafft werden kann. Den einen oder anderen werden wir in Zukunft vielleicht auch in den Reihen der kapitalistischen Notstandsverwaltung wiederfinden, wo er/sie seinen/ihren Reformeifer und sein/ihr sozialtechnisches Know-how gesellschaftsdienlich zur Repression der mittelfristig auch in den Zentren mehr und mehr verelendenden Massen einsetzen und zur Entfaltung bringen kann.

Abschließend sei noch angemerkt – gewissermaßen als ironischer Treppenwitz der ganzen Geschichte –, dass der im Kern zutiefst unkritischen Kapitalismuskritik Lessenichs der Struktur nach selbst eine, wenngleich angesichts der evidenten Unhaltbarkeit des kapitalistischen Status quo besonders irrationale Form der „Externalisierung“ zugrunde liegt: Weil ein fundamentaler gesellschaftlicher Wandel, d.h. ein kategorialer Bruch mit der kapitalistischen Fetischkonstitution, nicht gedacht werden kann oder darf, gilt es, den Kapitalismus von seinen als besonders problematisch erachteten Aspekten wie Ausbeutung, Umweltverschmutzung, soziale Ungleichheit, Wachstumszwang etc. zu befreien, als wären diese nicht allesamt notwendige Effekte und Folgen der kapitalistischen Gesellschaftsform

selbst. Mit anderen Worten: Diese werden „externalisiert“. So gesehen betrifft Lessenichs Appell zuallererst ihn selbst: „Wegdenken war gestern“.

Literatur

- Adorno, Theodor W. (2003): Einleitung in die Soziologie. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Aulenbacher, Brigitte/Dammayr, Maria (Hg.) (2014): Für sich und andere sorgen. Krise und Zukunft von Care in der modernen Gesellschaft. Weinheim: Beltz Juventa.
- Becker, Matthias Martin (2017): Automatisierung und Ausbeutung. Was wird aus der Arbeit im digitalen Kapitalismus? Wien: Promedia.
- Bedszent, Gerd (2014): Zusammenbruch der Peripherie. Gescheiterte Staaten als Tummelplatz von Drogenbaronen, Warlords und Weltordnungskriegern. Berlin: Horlemann.
- Bedszent, Gerd (2017): Wirtschaftsverbrechen und andere Kleinigkeiten. Frankfurt/Main: Nomen.
- Bowles, Jeremy (2014): The computerisation of European jobs. <http://bruegel.org/2014/07/the-computerisation-of-european-jobs>.
- Castel, Robert (2011): Die Krise der Arbeit. Neue Unsicherheiten und die Zukunft des Individuums. Hamburg: Hamburger Edition.
- Denninger, Tina/Dyk, Silke van/Lessenich, Stephan/Richter, Anna (2014): Leben im Ruhestand. Zur Neuverhandlung des Alters in der Aktivgesellschaft.
- Dörre, Klaus (2009): Die neue Landnahme. Dynamiken und Grenzen des Finanzmarktkapitalismus. In: Dörre, Klaus/Lessenich, Stephan/Rosa, Hartmut: Soziologie – Kapitalismus – Kritik. Eine Debatte. Frankfurt/Main: Suhrkamp, S. 21-86.
- Dörre, Klaus (2013): Landnahme, Triebkräfte, Wirkungen und Grenzen kapitalistischer Wachstumsdynamik. In: Backhouse, Maria/Gerlach, Olaf/Kalmring, Stefan/Nowak, Andreas (Hg.): Die globale Einhegung. Krise, ursprüngliche Akkumulation und Landnahmen im Kapitalismus. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 112-140.
- Dörre, Klaus/Lessenich, Stephan/Rosa, Hartmut (2009): Soziologie – Kapitalismus – Kritik. Eine Debatte. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Felber, Christian (2006): 50 Vorschläge für eine gerechtere Welt. Gegen Konzernmacht und Kapitalismus. Wien: Deuticke.
- Frey, Carl Benedict/Osborne, Michael A. (2017): The future of employment: how susceptible are jobs to computerization? In: Technological Forecasting and Social Change 114, S. 254-280. Manuskript online verfügbar unter: http://www.oxfordmartin.ox.ac.uk/downloads/academic/The_Future_of_Employment.pdf
- Haubner, Tine (2017): Die Ausbeutung der sorgenden Gemeinschaft. Laienpflege in Deutschland. Frankfurt/Main: Campus.
- Jürgens, Kerstin (2010): Deutschland in der Reproduktionskrise. In: Leviathan 38(4), S. 559-587.
- Konicz, Tomasz (2016a): Kapitalismus mit menschlicher Fratze. <http://www.exit-online.org/textanz1.php?tabelle=autoren&index=34&posnr=548&backtext1=text1.php>

- Konicz, Tomasz (2016b): Kapital- und Klimakollaps. Telepolis, 2. 4. 2016, <https://www.heise.de/tp/features/Kapital-und-Klimakollaps-3379353.html>.
- Konicz, Tomasz (2016c): Kapitalkollaps. Die finale Krise der Weltwirtschaft. Hamburg: KVV konkret.
- Kurz, Robert (2003): Weltordnungskrieg. Das Ende der Souveränität und die Wandlungen des Imperialismus im Zeitalter der Globalisierung. Bad Honnef: Horlemann.
- Kurz, Robert (2005): Das Weltkapital. Globalisierung und innere Schranken des modernen warenproduzierenden Systems. Berlin: Bittermann.
- Kurz, Robert (2007): Grau ist des Lebens goldner Baum und grün die Theorie. Das Praxis-Problem als Evergreen verkürzter Kapitalismuskritik und die Geschichte der Linken. In: EXIT! Krise und Kritik der Warengesellschaft 4, S. 15-106.
- Kurz, Robert (2012): Geld ohne Wert. Grundrisse zu einer Transformation der Kritik der politischen Ökonomie. Berlin: Horlemann.
- Kurz, Robert (2013): Der Tod des Kapitalismus. Marxsche Theorie, Krise und Überwindung des Kapitalismus. Hamburg: LAIKA.
- Lessenich, Stephan (2008): Die Neuerfindung des Sozialen. Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus. Bielefeld: transcript.
- Lessenich, Stephan (2014): Stephan Lessenich zu Paul Lafargue: Das Recht auf Faulheit. Hamburg: LAIKA.
- Lessenich, Stephan (2015): Die Externalisierungsgesellschaft. Ein Internalisierungsversuch. In: Lessenich, Stephan (Hg.): Routinen der Krise – Krise der Routinen. Verhandlungen des 37. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Trier 2014, S. 20-27. Online verfügbar unter: http://publikationen.sociologie.de/index.php/kongressband_2014/issue/viewIssue/8/Kongressband_2014.
- Lessenich, Stephan (2016): Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis. München: Hanser Berlin.
- Marx, Karl (1972): Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte. In MEW 8. Berlin: Dietz, S. 115-123.
- Marx, Karl (1986): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, Bd. 1. MEW 23. Berlin: Dietz.
- Mattick, Paul (2012): Business as usual. Krise und Scheitern des Kapitalismus. Hamburg: Edition Nautilus.
- Meyer, Thomas (2017a): Überwachen und Strafen – Zum demokratischen Staatsterror in Zeiten des Neoliberalismus. In: EXIT! Krise und Kritik der Warengesellschaft 14, S. 331-341.
- Meyer, Thomas (2017b): Business as usual – Vom fortlaufenden Wahnsinn der kapitalistischen Produktionsweise. In: EXIT! Krise und Kritik der Warengesellschaft 14, S. 311-320.
- Neckel, Sighard (2016): Die Refeudalisierung des modernen Kapitalismus. In: Bude, Heinz/ Staab, Philipp (Hg.): Kapitalismus und Ungleichheit. Die neuen Verwerfungen. Frankfurt/Main: Campus, S. 157-174.

- Ortlieb, Claus Peter (2009): Ein Widerspruch von Stoff und Form. Zur Bedeutung der Produktion des relativen Mehrwerts für die finale Krisendynamik. In: EXIT! Krise und Kritik der Warengesellschaft 9, S. 23-54.
- Paech, Niko (2009): Die Postwachstumsökonomie – ein Vademecum. In: Zeitschrift für Sozialökonomie 46(160-161), S. 28-31.
- Pichler, Melanie (2014): Umkämpfte Natur. Eine politökologische Analyse der Rolle von Staatlichkeit in der Palmöl- und Agrartreibstoffproduktion in Südostasien. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Piketty, Thomas (2014): Das Kapital im 21. Jahrhundert. München: C. H. Beck.
- Reinprecht, Christoph (2008): Prekarisierung und die Re-Feudalisierung sozialer Ungleichheit. In: Kurswechsel 1/2008, S. 13-23.
- Rentschler, Frank (2004): Der Zwang zur Selbstunterwerfung. Fordern und Fördern im aktivierenden Staat. In: EXIT! Krise und Kritik der Warengesellschaft 1, S. 201-229.
- Scholz, Roswitha (2011/2000): Das Geschlecht des Kapitalismus. Feministische Theorien und die postmoderne Metamorphose des Patriarchats. Bad Honnef: Horlemann.
- Scholz, Roswitha (2016): Christoph Kolumbus forever? Zur Kritik heutiger Landnahme-Theorien vor dem Hintergrund des “Kollaps der Modernisierung”. In: EXIT! Krise und Kritik der Warengesellschaft 13, S. 46-100.
- Seidl, Irmi/Zahrnt, Angelika (Hg.) (2010): Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft. Marburg: Metropolis.
- Späth, Daniel (2016): Liberalismus in der Fundamentalkrise: Eine Kritik der „Postwachstumsbewegung“. <http://exit-online.org/textanz1.php?tabelle=autoren&index=7&posnr=539&backtext1=text1.php>
- Stückler, Andreas (2017): Die Krise der Arbeitsgesellschaft und die Rückkehr des repressiven Strafrechts. Zur Aktualität von Rusche/Kirchheimers „Sozialstruktur und Strafvollzug“. In: Kriminologisches Journal 49(1), S. 42-62.
- UNEP (2014): The importance of mangroves to people: A call to action. Cambridge: UNEP. Online verfügbar unter: https://www.unep-wcmc.org/system/dataset_file_fields/files/000/000/275/original/DEPI_Mangrove_ES_report_complete_Low_Res.pdf?1416237427
- Wacquant, Loïc (2009): Bestrafen der Armen. Zur neuen Regierung der sozialen Unsicherheit. Opladen: Barbara Budrich

1 Ich beschränke mich hier auf eine ganz kurze und grobe Zusammenfassung von Lessenichs Thesen zur „Externalisierungsgesellschaft“. Wer es etwas genauer wissen möchte, ohne bereits die Lektüre des ganzen Buches auf sich nehmen zu wollen, kann z.B. in seinem online verfügbaren Beitrag „Die Externalisierungsgesellschaft“ nachlesen (Lessenich 2015). Dabei handelt es sich um den verschriftlichten Eröffnungsvortrag von Lessenich anlässlich des DGS-Kongresses in Trier im Oktober 2014, in dem seine Diagnose bereits in groben Zügen entfaltet wird.

2 Zu einzelnen der hier genannten und von Lessenich thematisierten Phänomenen siehe weiterführend auch folgende Literatur: Zur weltweit rasch voranschreitenden Zerstörung der Mangrovenwälder siehe z.B. den Bericht des UN-Umweltprogramms UNEP (2014); zur Palmöl- und Agrartreibstoffproduktion in Südostasien vgl. Pichler 2014; zur Ausbeutung osteuropäischer Pflegekräfte in deutschen Haushalten siehe die Studie „Die Ausbeutung der sorgenden Gemeinschaft“ von Tine Haubner (2017, insbesondere Kapitel 11: „Sklavinnen des 21. Jahrhunderts“); zum Müllexport in Entwicklungsländer vgl. exemplarisch das Kapitel „Die Welt, wie sie stinkt“ in Bedszent 2017.

3 Jegliche Staatstätigkeit bleibt dabei freilich stets auf eine gelingende Wertverwertung angewiesen, da diese nun einmal „finanzierbar“ sein muss. Und die Mittel zur Finanzierung können nur aus der gesamtgesellschaftlich erwirtschafteten Mehrwertmasse stammen, aus der der Staat die erforderlichen Geldmittel bekanntlich qua Steuern abschöpft. Dieser konstitutive Zusammenhang von Staat und Kapitalverwertung wird in der Gegenwart besonders ersichtlich an den immer mehr werdenden sogenannten „gescheiterten Staaten“ der spätkapitalistischen Welt, in denen in Ermangelung einer weltmarktfähigen Nationalökonomie staatliche Strukturen zusehends erodieren, mit dem Effekt zunehmender Korruption, der Ausbreitung mafïöser Strukturen, einer Verwilderung des Sicherheitsapparats etc. (vgl. Bedszent 2014).

4 „Dass Vati werktags dem Betrieb gehören konnte (und am Samstag der öffentlich zelebrierten Autowäsche), lag an seiner eherechtlich kodifizierten Beziehung zu Mutti, die von Montag bis Sonntag den Kindern und der Küche gehörte (und damit irgendwie auch Vati)“ (Lessenich 2016: 57). Die Auslagerung reproduktiver Tätigkeiten an Frauen erscheint hier also als „Externalisierungskonstellation“ zugunsten von Männern, die, quasi analog zur Externalisierung aus dem reichen Westen in periphere Weltregionen, direkt von der Ausbeutung ihrer Frauen profitieren. Auch wenn das natürlich nicht ganz falsch ist, geht dabei dennoch der systemische Charakter der kapitalistischen Abspaltung der Reproduktion von der Produktion praktisch völlig unter. Den gewollt lässigen, in seiner offenkundigen Anbiederung an den pseudokritischen Habitus postmoderner Möchtegern-Gesellschaftskritiker jedoch eher lächerlichen und geradezu peinlichen Duktus von Lessenichs Darstellung der geschlechtsspezifischen „Externalisierung“ lasse ich an dieser Stelle unkommentiert.

5 Nicht minder oberflächlich und irreführend sind daher soziologische Analysen, die derartige Tendenzen in den letzten Jahren bevorzugt z.B. als „Re-Feudalisierung“ der gesellschaftlichen Verhältnisse interpretierten (z.B. Reinprecht 2008; Neckel 2016). Mit einer Wiederkehr feudaler Verhältnisse hat dergleichen freilich sehr wenig zu tun. Vielmehr sind das alles genuine Phänomene eines Kapitalismus, der auf dem mittlerweile erreichten Produktivitätsniveau eine ständig wachsende Zahl von Menschen im wahrsten Sinne des Wortes in ökonomisch „Überflüssige“ verwandelt und diese höchstens noch, wenn überhaupt, als Dienstbot/innen gebrauchen kann.

6 Deshalb besteht z.B. – worauf auch Lessenich (2016: 177) selbst richtig hinweist – eine massive Ungleichheit hinsichtlich der Lebenserwartung nicht nur zwischen reichen und

armen Ländern der Welt, sondern nicht zuletzt auch innerhalb der „Wohlstandsgesellschaften“ selbst. Besonders krass ist in diesem Zusammenhang ein Befund eines von Howard Zinn (2007: 651) in seiner „Geschichte des amerikanischen Volkes“ zitierten UN-Berichts, wonach ein männlicher, schwarzer Bewohner des New Yorker Stadtviertels Harlem um die Jahrtausendwende eine Lebenserwartung von gerade einmal 46 Jahren hatte – eine im Durchschnitt niedrigere Lebenserwartung, als sie für Männer zum Berichtszeitpunkt in Ländern wie dem Sudan oder Kambodscha vorherrschend war. Vor diesem Hintergrund verbietet sich aber eben auch eine derart einseitige „Kostenrechnung“, wie sie Lessenich aufmacht.

7 Von der Individualisierung gesellschaftlicher Problemlagen führt im Übrigen ein gerader Weg zu deren Naturalisierung. So gibt es mittlerweile sogar wissenschaftliche Studien, die die Ursachen für Obdachlosigkeit im Gehirn verorten (siehe <http://www.spiegel.de/wissenschaft/medizin/obdachlosigkeit-neurologische-probleme-und-hirutraumata-als-grunda-966299.html>). Einmal mehr ein lebendiges Beispiel dafür, dass auch die Borniertheit des wissenschaftlichen Betriebs inzwischen praktisch grenzenlos ist.

8 Eben das hat ein Karl Marx gemeint, wenn er davon gesprochen hat, dass die Menschen zwar „ihre eigene Geschichte [machen], aber nicht aus freien Stücken“ (Marx 1972: 115). Jedes Handeln – erst recht in einer Gesellschaft wie der kapitalistischen, die sich gegenüber ihren Mitgliedern derart verselbständigt hat, dass sie ihnen zu so etwas wie einer „zweiten Natur“ geworden ist – findet immer schon innerhalb vorgefundener, objektivierter Strukturen statt. Gleichzeitig sind diese Strukturen stets historische Produkte menschlichen Handelns und müssen auch durch das Handeln der Menschen jeden Tag reproduziert werden. Dieser unhintergehbaren Dialektik zwischen Handeln und Struktur muss analytisch Rechnung getragen werden, ansonsten bleibt nur die Alternative zwischen einem objektivistischen Struktur determinismus, in dem die Menschen nichts als Getriebene der gesellschaftlichen Verhältnisse sind (oder, wie in der Systemtheorie, als handelnde Akteure gar nicht mehr vorkommen), oder – was nicht weniger falsch ist – einem subjektivistischen Voluntarismus, in dem gesellschaftlicher Wandel immer schon unmittelbar möglich sein soll, weil es ja die handelnden Menschen selbst sind, die Gesellschaft machen. Bis heute haben das Soziologen wie Lessenich nicht so recht begriffen, was sich in der sozialwissenschaftlichen Theoriebildung in einem unfruchtbaren und daher entweder umso erbitterter ausgetragenen oder durch wechselseitige Ignoranz geprägten Gegensatz von Struktur- und Handlungstheorie ausdrückt (vgl. dazu auch Kurz 2007).

9 Damit wir uns hier nicht falsch verstehen: Ohne Frage wird die Abschaffung des Kapitalismus davon abhängen, dass sich eine hinreichend große Masse an Menschen dafür entscheidet, die Gesellschaft in jeder Hinsicht, vor allem aber mit Blick auf ihre Produktionsweise, auf andere Grundlagen zu stellen. Die Basis dafür ist aber das Bewusstsein, dass es der Kapitalismus selbst ist, den wir im Interesse eines besseren Lebens für alle (und streng genommen schon – angesichts der absehbaren klimabedingten Verheerungen – im Interesse des Überlebens der Menschheit überhaupt) loswerden müssen, nicht die Beschwörung einer abstrakten, kollektiven moralischen Verantwortlichkeit für das

wachsende Elend in der Welt, die in dieser Form gar nicht existiert und ohnehin nur beschworen wird, um sie in einen systemimmanenten, politischen Reformismus zu transformieren.

10 Laut neueren Studien zur „Zukunft der Arbeit“ lassen unmittelbar bevorstehende Rationalisierungen durch fortschreitende Digitalisierung in den kommenden ein bis zwei Jahrzehnten nochmals einen massiven Anstieg der in vielen Ländern des „reichen Westens“ ohnehin schon sehr hohen Arbeitslosigkeit erwarten. Eine vieldiskutierte, erstmals 2013 veröffentlichte Studie von Carl Benedict Frey und Michael A. Osborne von der University of Oxford prognostiziert etwa für die USA einen Wegfall von rund 47 Prozent aller Arbeitsplätze bis 2030 (Frey/Osborne 2017). Eine Studie von Jeremy Bowles von der London School of Economics geht für die EU sogar von einem Verlust von 54 Prozent der Arbeitsplätze in den kommenden 20 Jahren aus (Bowles 2014). Siehe in diesem Zusammenhang auch Becker (2017), der im Übrigen zu Recht auch darauf hinweist, dass die Digitalisierung wahrscheinlich nicht immer so problemlos und so umfassend umsetzbar ist, wie für gewöhnlich angekündigt wird, da digitale Technologien z.B. oftmals nicht halten, was sie versprechen, störanfällig sind usw. Entsprechend schwierig und mit Vorsicht zu genießen sind daher Prognosen über die konkreten Auswirkungen der Digitalisierung auf den Arbeitsmarkt. Aber selbst wenn die Zahl der durch Digitalisierung wegrationalisierten Arbeitsplätze nur halb so hoch sein sollte, wie die genannten Studien vorhersagen, werden die Folgen gleichwohl gravierend sein. Hinzu kommt, dass selbst die pessimistischsten Prognosen wie jene von Frey/Osborne und Bowles offenbar nur direkte, aber keine indirekten Effekte der Digitalisierung berücksichtigen. So gehen etwa Frey/Osborne davon aus, dass von den prognostizierten Arbeitseinsparungen durch Digitalisierung am wenigsten Berufsgruppen wie Sozialarbeiter oder Handwerker betroffen sein werden. Selbst wenn dem so sein sollte, ist aber freilich noch lange nicht gesagt, dass diese Berufsgruppen nicht indirekt durch die Digitalisierung betroffen sein können. Wenn durch die Digitalisierung auch nur annähernd so viele Arbeitsplätze wegfallen, wie Frey/Osborne und Bowles vorhersagen, würde dies ja auch einen massiven Anstieg der Arbeitslosigkeit bedeuten, wodurch letztlich auch die staatlichen Einnahmen aus Lohnsteuern ebenso rapide zurückgehen würden. Dies hätte sehr wahrscheinlich Sparmaßnahmen zur Folge, die der Staat bekanntlich schon traditionell und mit Vorliebe zuallererst im Sozialbereich vornimmt – was entsprechende Auswirkungen auf die Jobsituation in diesem Bereich hätte. Auch mit Blick auf den Bedarf an Handwerkern fragt sich, ob hier nicht ebenfalls von wesentlich stärkeren Auswirkungen auszugehen wäre, denn wer soll bei der einbrechenden Kaufkraft einer in großem Maßstab arbeitslos gewordenen Bevölkerung noch in ausreichendem Maße die Dienste von Handwerkern nachfragen? Direkte und indirekte Effekte der Digitalisierung zusammengenommen, kann also m.E. durchaus von massiven Arbeitsplatzverlusten in naher Zukunft ausgegangen werden.

11 Ähnliches gilt im Übrigen auch für den seit den 1980er Jahren grassierenden (und durch den Crash von 2008 jäh ausgebremsten) Spekulationsboom auf den globalen Finanzmärkten, der bekanntlich ebenfalls mit Vorliebe durch die Gier von Managern und Investmentbankern

erklärt wird. Die entscheidende Frage, die zu stellen wäre, ist auch hier: Aus welchem Grund sollte sich das Kapital lieber nur noch virtuell und spekulativ auf den Finanzmärkten verwerten, wenn es in der Realökonomie noch ausreichend rentable produktive Investitionsmöglichkeiten gibt? Die Antwort lautet: Aufgrund der ständig steigenden Kapitalintensität (und gleichzeitig schrumpfenden Arbeitsintensität) durch fortschreitende Automatisierung bewegt sich die Rentabilität der (realen) Produktion langsam aber sicher gegen Null. Das treibt Konzerne zwecks Kostensenkung zur globalen Diversifizierung ihres Betriebskapitals und brachliegendes Geldkapital in die Spekulation auf den nunmehr ebenfalls globalen Finanzmärkten. So gesehen ist es im Grunde – mit Paul Mattick (2012: 76) gesprochen – „doppelt albern“, solche Entwicklungen durch Gier erklären zu wollen, denn dabei bleibt nicht nur ungeklärt, „wieso die Gier in den letzten Jahrzehnten plötzlich zugenommen hat, es wird auch das Grundmotiv kapitalistischer Investitionsentscheidungen ausgeblendet.“ (Zu Paul Mattick siehe auch die Rezension von Thomas Meyer (2017b) in EXIT Nr. 14).

12 <http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/vw-zuliefererstreit-betrifft-fast-28-000-mitarbeiter-a-1108856.html>

13 Ein großer Teil der Fluchtbewegungen geht ja vor allem von den erwähnten „gescheiterten Staaten“ der Welt aus, die bereits unter die Räder der Weltmarktkonkurrenz gekommen sind und inzwischen in strukturellen Zerfall und anomische und bürgerkriegsähnliche Zustände übergegangen sind. Teilweise spielt hier sogar bereits der Klimawandel eine erhebliche Rolle. So ist etwa dem Syrienkonflikt eine extreme Dürre vorhergegangen (siehe <http://www.spektrum.de/news/wie-der-syrische-buergerkrieg-mit-dem-klimawandel-zusammenhaengt/1335050>). Gerade die absehbaren massiven Folgen des Klimawandels in zahlreichen Regionen der Welt (Dürren, Wassermangel, Versinken ganzer Landstriche im Meer etc.) werden voraussichtlich mittelfristig zu einer Zunahme von Fluchtbewegungen in einem Ausmaß führen, das die „Flüchtlingskrise“ der letzten Jahre bei Weitem in den Schatten stellen wird.

14 So hat z.B. Österreich in der „Flüchtlingskrise“ 2015/16 einigen Unmut auf sich gezogen, als es am Höhepunkt der Krise die Grenze am Brenner dicht gemacht hat, damit die vielen Flüchtlinge schön in Italien bleiben. Auch zwischen Österreich und Deutschland herrschte zwischendurch dicke Luft, weil Österreich mehr Flüchtlinge über die Grenze nach Deutschland quasi durchgewinkt hat, als den Deutschen lieb und recht war, während umgekehrt Österreich darüber klagte, dass Deutschland viel zu wenige Flüchtlinge aufnehme.

15 Dies könnte besser nicht demonstriert werden als durch den kürzlich verkündeten Austritt der USA aus dem Pariser Klimaabkommen, der ganz lapidar damit begründet wurde, sich in der Weltmarktkonkurrenz nicht wirtschaftlich fesseln lassen zu wollen. So einfach ist das – und aus der kapitalistischen Binnensicht haben die USA damit sogar Recht: Wenn es um den „Wirtschaftsstandort“ und die „Wettbewerbsfähigkeit“ geht, muss dem alles untergeordnet werden, auch wenn das mittelfristig bedeutet, den Planeten für Menschen unbewohnbar zu machen.

16 Hier ist auch zu beachten, dass bei einer Besteuerung von Finanztransaktionen, sofern diese einen nennenswerten Umfang erreicht, ein stark erhöhtes Inflationsrisiko in Kauf genommen wird, eben weil es sich hier ja größtenteils um Geld ohne realökonomische Grundlage – oder mit Robert Kurz (2012) gesprochen: um „Geld ohne Wert“ – handelt. Dieses hat bislang nur deshalb keine gravierenderen inflationären Tendenzen verursacht, weil es einstweilen noch selbstgenügsam im Finanzhimmel kreist. Bei einer Besteuerung von Finanztransaktionen würde sich dies freilich teilweise ändern. Die Gefahr einer Inflation durch Finanztransaktionssteuern ist gleichwohl als gering zu veranschlagen, da angesichts der Standortkonkurrenz der Staaten die Einführung einer solchen Steuer ohnehin nicht allzu realistisch ist. So oder so ist der in linken Kreisen übliche Ruf nach einer Finanztransaktionssteuer eine Schnapsidee.

17 Man beachte allein schon den begrifflichen Widerspruch dieses Postulats: „Radikal“ wäre – zumal angesichts seiner heute ja auch empirisch mehr als evidenten Krise – einzig und allein die emanzipatorische Überwindung des Kapitalismus, aber ganz sicher nicht seine „Reform“.

18 Dazu passt auch ins Bild, dass Lessenich Mitte 2017 an der Gründung einer neuen politischen Partei namens „mut“ beteiligt war und als einer ihrer Gründungsvorsitzenden fungiert – siehe <https://www.mut-bayern.de>. Was soll's – halt noch eine Partei mehr, die den Kapitalismus verwalten und/oder zu Tode kurieren will.

Quelle: <http://www.exit-online.org/textanz1.php?tabelle=aktuelles&index=1&posnr=680>